



Haushaltsrede 2018

gehalten am 21. Februar 2018
von Elisabeth Kramer

Die Zahlen für dieses Haushaltsjahr klingen gut. Da ist zeitweilige Erleichterung angebracht. Leider aber

- beruhen diese Verbesserungen kaum auf eigenen Anstrengungen, es sind äußere Faktoren, die uns derzeit einigermaßen gute Einnahmen bescheren.
- Allerdings ist so auch keine nachhaltige Konsolidierung zu erwarten. Um die zu erreichen, brauchen wir weitere Anstrengungen zu einer dauerhaften Stärkung des Haushalts.
- Und zwar ohne Schuldzuweisungen oder ohne die gleichförmigen Antworten, dass man am Personal oder auch bei den Leistungen der Stadt eben nicht sparen könne.
- Denn leider sehen die Zahlen für das kommende und auch die folgenden Jahre schon wieder schlecht aus.

Denn da haben wir uns viel vorgenommen, es stehen wichtige Investitionen an. Die will ich nachher beleuchten.

Aber zunächst noch ein paar Anmerkungen zu unserem **Umgang mit dem Haushalt und dem neuen Haushaltsrecht.**

Viel ist uns versprochen worden an größerer Transparenz durch das neue Haushaltsrecht. Leider hat sich das nicht verwirklicht, selbst aus Teilen der Verwaltung hören wir, wie umständlich der Umgang mit dem Haushaltsplan sei.

Hätten wir für den Haushalt nicht die Eingangsreden, die vielfältigen Erläuterungen in schriftlicher und mündlicher Form, wir fänden uns in diesem Werk mit dem hübschen blauen Einband nicht zurecht. Und dann fehlen auch noch Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre und vor allem die Eröffnungsbilanz als Voraussetzung für die Jahresabschlüsse.

Erst dann wäre bei uns tatsächlich das neue Haushaltsrecht vervollständigt. Wir kämpfen also mit den extra-Listen, die uns die Kämmerei immer wieder aktualisiert, und sind dann immer noch unsicher, ob wir wirklich den Überblick haben. Und wir können nur hoffen, dass diese Verunsicherung keine Absicht ist.

Andererseits - jetzt kommt das Positive! - liegt ja schon seit ein paar Jahren der **Haushaltsplan als pdf-Datei** vor, so dass wir ganz gemütlich mit der Suchfunktion einzelne Posten und auch Erläuterungen finden können. Das gelingt nicht immer auf Anhieb, aber dann doch. Ich freue mich jedenfalls schon darauf, wenn wir auch in unseren Haushaltsberatungen jeweils in die Rechner schauen können, vielleicht auch noch auf zusätzlich gebeamte Veränderungslisten an den Leinwänden – vielleicht bekommen wir dann auch tatsächlich alle Änderungen mit.

Sicher ist aber offenbar, dass wir im schon begonnenen Haushaltsjahr **keine neuen Kredite** benötigen. Allerdings wollen wir von 2018 bis 2021 insgesamt 33,6 Mio. Euro investieren. Über das Plus in diesem Haushaltsjahr 2018 von gut über 2 Mio. Euro können wir uns also nur freuen, solange unser Blick nicht in die darauf folgenden Jahre fällt: Da sehen wir ein Minus vom über 6 Mio. Euro schon im Jahr 2019, im Jahr 2020 nochmal ein Minus von 2,5 Mio. Euro. Erst danach ergibt sich eine Erholung, die wir dann auch dringend für den Schuldenabbau brauchen.

Denn derzeit haben wir immer noch einen **Schuldenstand von 45 Mio. Euro**, der soll sich zum Ende des Jahres auf fast **52 Mio. Euro** erhöhen. Das liegt an einer zusätzlichen Kreditaufnahme, die wir zur Erschließung des Gewerbegebiets Bergstraße/Langmaasweg benötigen, Stichwort kreditähnliches Rechtsgeschäft. Ist zwar irgendwie außerhalb des Haushalts angesiedelt, zählt aber zu unseren Schulden dazu. Bis diese speziellen Aufwendungen von fast 8 Mio. Euro durch Verkaufserlöse und zusätzliche Gewerbesteuern wieder hereinkommen, da können noch Jahre vergehen. Wir melden jetzt schon mal Interesse an für eine Wirtschaftlichkeitsberechnung.

Solche Wünsche muss man hier frühzeitig anmelden. Wir erinnern daran, dass uns noch im Juli 2017 zugesagt wurde, eine solche Wirtschaftlichkeitsberechnung für das Baugebiet Lützelsachsen Ebene darzustellen.

Wir warten immer noch und sind immer gespannter. Offenbar muss lange gerechnet werden, um ein positives Ergebnis zu erhalten.

Nach den Betrachtungen zum Schuldenstand noch ein Blick auf unsere **Aufwendungen für Zinsen** – schließlich liegt hier der Grund für unsere Kritik am hohen Schuldenstand.

Erfreulicherweise sinken die in 2018 zu zahlenden Zinsen auf 1,44 Mio. Euro, 2017 waren es noch 1,62 Mio. Euro. Das muss wohl an den günstigeren Kreditkonditionen liegen, denn eigentlich ist unser Schuldenstand ja gestiegen.

Insgesamt haben wir tatsächlich sowohl ein Einnahme- als auch ein Ausgabeproblem. Denn trotz Rekord-Einnahmen sieht es ab dem kommenden Jahr wieder düster aus.

Vorsicht ist also geboten bei zusätzlichen Ausgaben. Trotzdem haben wir den Anträgen zugestimmt, die die **Digitalisierung** hier im Rathaus und an den Schulen erleichtern sollen. Das sind Zukunftsaufgaben, denen wir uns nicht verschließen dürfen. Wir sind sicher, dass die Schulen auf die zusätzlichen Mittel zugreifen werden und neue Hardware und Software sowie externes Fachwissen gut nutzen werden.

Einsparungen hatten wir uns erhofft von der Tätigkeit der **Haushaltsstrukturkommission**. Aber wieder ist ein Jahr vergangen, ein ganzes Jahr, das kaum Ergebnisse gebracht hat. Lediglich fundierte Erkenntnisse zum Thema **Unechte Teilortswahl** wurden uns vermittelt. Deren Abschaffung soll uns Kosten ersparen, ohne die Repräsentanz der Ortsteile hier im Rat zu schmälern. In manchen anderen Gemeinden hätte sich, so wurde berichtet, sogar der Einfluss der Ortschaften verbessert. Das gelang durch die höhere Wahlbeteiligung und damit gute Unterstützung von einzelnen Bewerbern in den Ortsteilen.

Das wollen wir gerne glauben, aber solche Berichte allein bringen uns nichts. Wir müssen überlegen, wie wir hier in Weinheim damit umgehen. Einfach Ja oder Nein sagen, das ist zwar bequem, berücksichtigt aber nicht unsere eigentliche Gestaltungsaufgabe.

Unsere Aufgabe ist es, die **Beziehungen zwischen der Kernstadt und den Ortsteilen** zu verbessern, und dazu müsste ein Prozess stattfinden, mit den Ortsteilen, auch mit Fachleuten, natürlich mit dem Gemeinderat, bei dem die gegenwärtige Lage ausgelotet wird und auch die subjektiven Befindlichkeiten.

Hier muss vieles auf den Tisch, was uns evtl. noch trennt, aber auch, was uns tatsächlich verbindet – ich nenne nur die weiterführenden Schulen, die Sport- und Kulturangebote, die quer zu den Ortszugehörigkeiten von vielen genutzt werden. Es kann jedenfalls nicht nur nach dem finanziellen Vorteil geschickt werden – aber vernachlässigen dürfen wir den auch nicht.

Wir sind gespannt auf die weitere Diskussion, denn der Anstoß in der Haushaltsstrukturkommission kann doch nicht alles gewesen sein.

Unser Antrag zu möglichen Ersparnissen bei der Totalerneuerung der **Zwillingsbrücken** sollte vor allem ein Denkanstoß sein für mögliche Einsparungen, z.B. durch eine geringere Breite. Wir denken, dass sich bei einer genaueren Berechnung und Kostenaufstellung durchaus Einsparmöglichkeiten ergeben. Vor allem erwarten wir noch Möglichkeiten für uns hier im Rat, bei der Gestaltung mitzureden. Es wird hier allzu viel alternativlos durchgezogen, das möchten wir so nicht durchgehen lassen.

Ausgabereduzierungen könnte es geben durch sinnvolle Vorschläge von Seiten der Verwaltung, aber auch von unserer Seite. Auf beiden Seiten in diesem Ratssaal ist einfach zu viel Scheu vorhanden, irgendjemandem evtl. auf die Füße zu treten. Dabei wissen viele Bürgerinnen und Bürger hier bei uns um unsere Haushaltslage und wären durchaus zu etlichen Einsparungen bereit.

Wir sollten also unsere **Bürgerschaft an unseren Überlegungen besser beteiligen**, z.B. was langfristige Investitionen angeht oder auch städtische Leistungen: Was ist wichtig, was ist vielleicht weniger bedeutsam. Erfahrungen zeigen, dass auf diese Weise durchaus sinnvolle Vorschläge kommen können. Allerdings nur, wenn sichergestellt ist, dass hier im Gemeinderat ernsthaft über die Vorschläge diskutiert wird. Das kann so geschehen, dass nach einer öffentlichen Bewertung der Vorschläge diejenigen in eine Art Endrunde kommen, die von vielen anderen als wichtig eingestuft werden. Schlussendlich, das ist klar, muss der Gemeinderat entscheiden. Er wird das aber um einiges abgesicherter tun können.

Wir versprechen uns jedenfalls von so einem mehrstufigen **Mitspracheverfahren** eine bessere Anbindung an die Bürgerschaft, wenn diese tatsächlich gehört wird. Nur so kommen wir über die üblichen Beschwerden hinaus zu einer konstruktiven Zusammenarbeit mit unseren Mitbürgern.

Das wünschen wir uns auch beim Thema der weiteren **Entwicklung von Baugebieten**. Hier geht es ja um weit mehr als nur um die Verbesserung unserer Einnahmen, der wir uns keineswegs verschließen. In Richtung Wohnungsbau sind schon wichtige Weichen gestellt, und besonders bei den Allmendäckern freuen wir uns darüber, dass zumindest ein Teil der Wohnungen zu erschwinglichen Preisen zu mieten sein wird. Hoffentlich werden auch die Vorschläge zum Thema Erbpacht aufgenommen, so dass ein bisschen die Historie vom Friedrich-Ebert-Ring nebenan aufleben kann: Dort hieß das Gebiet auch schon Allmendäcker, war also von alters her städtisches Gelände und es wurde Anfang der 60er Jahre ausgesprochen günstig an Familien vergeben.

Die Bedingungen, unter denen das geschah, wären so nicht mehr möglich, aber eine Streckung eines Teils unserer Einnahmen wäre sicher sinnvoll und sollte hier beraten werden. Auch ist bei zukünftigen Wohngebieten über den Zusammenhalt von Jung und Alt oder auch von Alteingesessenen und Neubürgern nachzudenken, hier sind Modelle wie die Hoffnungshäuser oder auch Wohnbaugenossenschaften zu berücksichtigen.

Zum Thema **Gewerbegebiete** hatten wir ein nettes Klausurwochenende mit dem Gemeinderat und etlichen Fachleuten. Da uns das Protokoll auch nach genau sieben Monaten noch nicht vorliegt, darf ich an unsere Arbeitsergebnisse erinnern: Wir sollten bei der Entwicklung sensibel und bedarfsorientiert vorgehen und hatten qualitativ hochwertige Ansiedlungskriterien herausgearbeitet, wie z.B. die Arbeitsplatzdichte oder auch die Umgebungsverträglichkeit. Wir sollten also tatsächlich mit Konzepten arbeiten, uns vor allem daran halten.

Wir sind sicher, dass wir bei vernünftigem Vorgehen auch unsere sensibilisierte Bürgerschaft mitnehmen können, vor allem, wenn es sich um maßvolle Planungen und auch gerechte Ausgleiche mit Natur und Landschaft handelt. Und auch die Landwirtschaft muss ihre Existenz wahren können.

Das ist nicht einfach, aber wir denken, dass auch bei den **Allmendäckern** nicht nur der Verlust an Lebensraum für Tiere und Pflanzen auszugleichen ist, sondern auch der Bodenverlust. So jedenfalls könnten wir auch bei anderen Baugebieten die Akzeptanz bei unserer Bürgerschaft erhöhen.

Und wer gestern Abend den klugen Worten im Rolf-Engelbrecht-Haus gelauscht hat, wird sich vielleicht fragen, was das große **Thema Gerechtigkeit** hier für uns in Weinheim bedeutet: Ich jedenfalls versuche, das mal in unseren kommunalen Kompetenzbereich zu übertragen.

Da geht es zunächst mal darum, wie auch gestern Abend, **die Geflüchteten** zu unterstützen, ohne uns selbst zu überfordern. Ich denke, da sind wir auf einem recht guten Weg, aber ohne die Ehrenamtlichen und auch viele Wohlwollende, die zumindest moralisch unterstützen – ja, die brauchen wir auch! – wäre die Verwaltung hier weniger erfolgreich.

Und dank dieser breiten Unterstützung brauchen wir auf diejenigen nicht zu hören, die uns vor einer sogenannten Überfremdung warnen wollen. Ich sehe jedenfalls die Anschlussunterbringungen fast in dem Maße wachsen, wie sie gebraucht werden. Nicht ganz, weil wir die Container in der Gorxheimer Talstraße gerne wieder abgeben würden und es noch andere unschöne Unterkünfte gibt.

Ein weiteres Gerechtigkeitsthema in unserer Kommune ist das **Thema Bildung**. Gut, dass wir uns hier weitgehend einig sind, dass hier viel getan werden muss und z.T. auch schon geschieht. Eine echte Ganztageschule im Grundschulbereich, die fehlt uns noch und wird hoffentlich in einem weiteren Anlauf zustande kommen. Das Schulzentrum West bindet unsere Investitionsmittel, aber das ist ein Projekt, das mitsamt der Dreifach-Sporthalle der ganzen Stadt zugute kommt. Hoffentlich wird dieses Schulzentrum noch fertig, bevor die Albert-Schweitzer-Schule und auch die JSB-Schule gänzlich unbenutzbar werden.

Auch die Sanierung der **Sporthalle an der DBS** für fast 3 Mio. Euro wird der ganzen Stadt Nutzen bringen. Und das nicht nur beim Turnfest in diesem Frühsommer.

Und ein weiteres Gerechtigkeitsthema ist noch anzufügen: Unser Energieverbrauch ist weiterhin nicht klimaverträglich. Vielleicht findet ein weniger scharf ausgerichtetes Klimaschutzkonzept hier mehr Anklang, so dass unser Weg in eine gesündere Zukunft führt. Hier ist auch der Verkehr zu berücksichtigen, den ich diesmal kurz fasse. Der öffentliche Verkehr sollte vielleicht nicht gerade kostenlos sein, muss aber eine günstige und attraktive Alternative zum beherrschenden Auto darstellen.

Dabei wollen wir den Autoverkehr nicht behindern, wie manchmal behauptet wird. Es geht um ein gerechtes Miteinander, und beim Individualverkehr sind eben nicht nur die Autos gemeint. Individuen sind auch mit dem Rad oder zu Fuß unterwegs, hier werden sichere Verbindungswege gebraucht, die immerhin so nach und nach auch bei uns entwickelt werden. Sorgen macht mir noch der Umbau der Gleisführung an der Haltestelle am Hauptbahnhof, früher Luisenstraße. Dass während des Umbaus Umwege hinzunehmen sind, geht in Ordnung. Aber wir befürchten dauerhafte Verschlechterungen für den Radverkehr in diesem Kreuzungsbereich. Immerhin soll die Bahnhofstraße oberhalb des Postknotens radfreundlicher gestaltet werden, das sollte aber auch im Bereich der neuen Haltestelle gelten.

Wir stellen uns also auch in diesem Jahr auf **viele Baustellen** ein, sowohl bei Straßenumbauten, in Baugebieten und auch bei unseren Finanzen. Hoffentlich gelingt ein Umbau so, dass wir dann mit mehr Überzeugung dem Haushaltsplan zustimmen als wir das heute tun.

Den **Dankesworten** meiner Vorredner kann ich mich vollständig anschließen. Dank auch an alle Mitglieder der Verwaltung, die unsere Fragen immer wieder geduldig beantworten. Besonderer Dank gebührt allen in der Bürgerschaft, die sich für ein gutes und friedliches Miteinander in unserer Stadt einsetzen, sei es bei der Flüchtlingsbetreuung, im Umweltschutz oder in der Zusammenarbeit mit Kindern und Jugendlichen, die jegliche Förderung verdienen.